

RECHTLICHE BETREUUNG: BETREUERVERGÜTUNG IM BUNDESRAT - TOP MIT AUSSCHUSSZUWEISUNG ABGESETZT

10. Juli 2017

Das Gesetzesvorhaben „Notvertretungsrecht und Erhöhung der VBVG-Vergütung“ ist im Bundesrat mit Ausschusszuweisung von der Tagesordnung genommen worden. Das war nach den Informationen der letzten Wochen ja leider zu erwarten. Das Gesetz ist damit aber nicht endgültig abgelehnt und bleibt weiter im Verfahren.

Die schlechtere Nachricht, wenn auch nicht ganz unerwartet, betrifft die Auswertung der aktuellen ISG-Studie. Durch Verzögerungen bei den Befragungen, insbesondere bei den Experteninterviews kann der Entwurf des Abschlussberichtes nicht, wie vereinbart, in der nächsten Woche vorgelegt werden. Die für den 13. Juli 2017 anberaumte Beiratssitzung wurde gestern vom BMJV abgesagt und auf den 21. September 2017 verschoben.

Damit ist eine nachträgliche Zustimmung des Bundesrates zum Gesetz in der Sitzung vom 22.9.2017 hinfällig. In Frage kommen nur noch die Novembertermine. Weitere Infos folgen.